

# Gegen die Diktatur, für nationale Demokratie



## Haydar Kutlu

Generalsekretär der  
Kommunistischen Partei der Türkei  
(KPdT)

## Gegen die Diktatur, für nationale Demokratie

Haydar Kutlu  
Generalsekretär des ZK der KP der Türkei

Jede Frage, der sich unser Land heute gegenüber sieht, muß im Zusammenhang mit der sich immer mehr zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen den beiden sozialen Weltssystemen und mit dem gemeinsamen Kampf der Völker für den Frieden betrachtet werden. Die Abhängigkeit vom USA-Imperialismus hat unser Land in eine unheilvolle Lage gebracht. Die Generale, die am 12. September 1980 die Macht an sich gerissen und eine brutale Diktatur errichtet haben, wollen es in einen Brückenkopf des Pentagons gegen die sozialistischen Staaten und die Völker des Nahen Ostens verwandeln. Damit beschwören sie für die Türkei die Gefahr der Vernichtung in einem Kernwaffenkrieg herauf, den die aggressiven imperialistischen Kräfte entfesseln könnten. Nicht von ungefähr hat Washington der Militärjunta Lob gezollt.

Mitte Mai behauptete USA-Präsident Reagan, das Militärregime in der Türkei habe den „Übergang zur Demokratie“ auf seine Fahnen geschrieben. Zwei Wochen später jedoch zählten der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei Demirel und der ehemalige Außenminister Gaglayangil zu den Zehntausenden politischer Häftlinge in der Türkei. Am 15. Mai verkündete die Junta, daß die sogenannten freien politischen Parteien reorganisiert werden. Sogleich verbot sie jedoch neugebildete Organisationen, die von eng mit den traditionellen bürgerlichen Parteien verbundenen Kreisen geschaffen worden waren, oder sie erkannte deren Führern die Rechte ab. Damit nicht genug, verhafteten die Machtorgane viele Politiker der Gerechtigkeitspartei und der Republikanischen Volkspartei.

Entlang der Grenze der Türkei zur Sowjetunion fanden in jenen Tagen unter der Bezeichnung „Adventure Express 83“ die größten Manöver in der gesamten Geschichte der NATO statt. Daran beteiligten sich auch Einheiten der US-amerikanischen „schnellen Eingreiftruppe“. Zu den Manövern kamen der Oberste NATO-Befehlshaber Europa, General Rogers, und NATO-Generalsekretär Luns in die Türkei. Auf einer Pressekonferenz an der sowjetisch-türkischen Grenze, der stabilsten und sichersten Grenze, die die Türkei je hatte, hielt Rogers eine provokatorische Rede, in der er erklärte, diese Zone sei ein „traditionelles Konfliktgebiet“.

Ende Mai überschritten türkische Truppen die Grenze zu Irak. Sie überfielen kurdische Patrioten in Nordirak und machten bei der Operation 2 000 „Gefangene“.<sup>2</sup>

Wie die Tatsachen beweisen, hat die Entwicklung der Ereignisse in der Türkei mit einem „Übergang zur Demokratie“ nichts zu tun. Die Erklärung Präsident Reagans war nichts anderes als ein offenes Eingeständnis, daß das Regime in die Kriegspläne des USA-Imperialismus eingebunden ist und dessen Unterstützung genießt.

### Wer ist der „Hauptfeind“ des Regimes?

Die Gefängnisse in der Türkei sind heute überfüllt. Zehntausende politischer Häftlinge – von Führern und Mitgliedern linker politischer Parteien bis hin zu Gewerkschaftsfunktionären, von Vertretern der demokratischen Massenorganisationen bis hin zu Mitgliedern des Friedenskomitees der Türkei und Anhängern patriotischer Organisationen der Kurden – vegetieren unter unmenschlichen Bedingungen dahin und sind brutaler Behandlung ausgesetzt. Selbst die amtlichen Angaben, die die wahre Lage bei weitem nicht wiedergeben, lassen das Ausmaß der Repressalien und des Terrors erkennen. In einer Erklärung des Generalstabs der Armee vom 5. August 1983 wurde mitgeteilt, daß die Militärstaatsanwälte bis Mitte 1983 unter Zugrundelegung der Ausnahmegesetze mehr als 62 000 Fälle verhandelt und über 55 000 Urteile, darunter 178 To-

*Beide Aufsätze sind der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“  
Ausgaben: November 1983 und März 1984, entnommen.*

desurteile, gefällt haben. 25 Menschen sind hingerichtet worden, weitere Verfahren schweben noch.<sup>3</sup>

In offiziellen Dokumenten findet man natürlich keine Angaben über die barbarischen Foltern, denen die politischen Häftlinge ausgesetzt sind, und über die Anzahl der zu Tode gequälten Patrioten. Seit dem 12. September 1980 hat unser Volk Hunderte seiner Söhne und Töchter verloren – aktive Revolutionäre, die in den Zellen der politischen Polizei umgekommen sind. Im November 1982 wurde unser Genosse Deniz, Mitglied des ZK, in Istanbul zu Tode gefoltert.

Tausende fortschrittlicher Menschen mußten das Land verlassen. Zehntausende von Patrioten wurden aus dem Staatsdienst entlassen. Beispiellose Ausmaße hat die chauvinistische Unterdrückung der in der Türkei lebenden Kurden angenommen.

Die Diktatur richtete zunächst wütende Angriffe gegen die Kommunisten und die Linkskräfte und dann gegen bürgerlich-demokratische Kreise. Heute lassen die Generale bereits Vertreter bürgerlich-reformistischer Schichten, die mit der Republikanischen Volkspartei verbunden sind, und sogar einige der Gerechtigkeitspartei nahestehende Rechte, Konservative verfolgen und verhaften.

Die Junta änderte von Grund auf die Form der Staatsmacht, beseitigte sämtliche Elemente des bürgerlichen Parlamentarismus und militarisierte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die staatlichen Institutionen, die Universitäten und das Bildungssystem überhaupt wurden nach den Grundsätzen der Kasernenhofdisziplin reorganisiert. Die von den Generalen ausgearbeitete „Verfassung“ hob die demokratischen Grundrechte und -freiheiten auf. Nach ihrem Inkrafttreten auf der Grundlage eines sogenannten Referendums (November 1982) wurden Gesetze (über politische Parteien, Gewerkschaften, Presse, Wahlen usw.) verabschiedet, die in ihrem Wesen noch reaktionärer als die „Verfassung“ selbst sind. Die westdeutsche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ stellte fest: „Mit diesen und auch anderen zusätzlichen Restriktionen verstößt die Generäle im Grunde gegen das von ihnen entworfene und hernach in einem Referendum angenommene Grundgesetz.“<sup>4</sup>

Das Regime ging so brutal vor, daß es nicht einmal davor zurückschreckte, den 75jährigen Nadir Nadi, einen konsequenten Demokraten und Kemalisten, den von jedermann geachteten Chefredakteur der Tageszeitung „Cumhuriyet“, eines Artikels halber zu verurteilen, den er vor zwanzig Jahren geschrieben und in dem er die Jugend aufgefordert hatte, der Linie des Begründers der Republik, Atatürk, zu folgen.

Führende Armeekreise mit dem ehemaligen Chef des Generalstabs der Armee Evren an der Spitze, der sich nach dem erwähnten Referendum zum Präsidenten proklamierte, beabsichtigen jetzt, das faschistische Regime mit einem parlamentarischen Mäntelchen zu verbrämen. Das ist der Zweck der „Wahlen“ am 6. November 1983. Die Generale bildeten eine Partei der nationalen demokratischen Demokratie unter Führung ihrer ergebenen ehemaligen Militärs. Sie erlaubten die Teilnahme an diesen „Wahlen“, die unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes organisiert werden und jedes demokratischen Charakters entbehren, nur Parteien, die dem Regime ihre Loyalität bezeugen.

Der neue Generalstabschef, General Ersin, Mitglied der Junta, erklärte in seiner Antrittsrede: „Die türkischen Streitkräfte werden nach wie vor stets den Gefahren entgegenwirken und sie beseitigen, die von den inneren Feinden ausgehen, welche nicht minder stark und gefährlich sind als die äußeren.“<sup>5</sup>

Die Politik des Regimes im Lande wird voll und ganz durch die vom Pentagon konzipierte Doktrin der „nationalen Sicherheit“ bestimmt. Entsprechend dieser Doktrin betrachten letztlich die in den USA ausgebildeten Generale das eigene Volk als den Hauptfeind. Jegliche Forderungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen nach ökonomischen und gesellschaftlichen Rechten, die von Vertretern der verschiedenen politischen Kräfte – von den Kommunisten bis hin zu den bürgerlichen Liberalen – erhobenen Forderungen nach demokratischen Freiheiten und die Forderungen des Volkes nach Verteidigung des Friedens werden sie als Anliegen, die „Interessen der Sowjetunion Vorschub leisten“. Die Drahtzieher dieses Regimes bedienen sich der

vom Hitlerfaschismus übernommenen und vom Pentagon weiterentwickelten „geopolitischen“ Argumente und der Lüge von einer „Bedrohung durch die Sowjetunion“ und behaupten, Demokratie sei in der Türkei als Nachbarland der Sowjetunion für die nationale Sicherheit schädlich. Um die volksfeindliche, faschistische Diktatur aufrechtzuerhalten, klammern sie sich an Antikommunismus und Antisowjetismus.

Die Lüge von einer „Bedrohung durch die Sowjetunion“ wird ins Feld geführt, um die Türkei endgültig in einen Satelliten des Pentagons zu verwandeln. Die USA-Administration, die die militärische Überlegenheit über die sozialistischen Staaten erlangen und das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zu ihren Gunsten verändern möchte, hat unser Land die Rolle eines vorgeschobenen Brückenkopfs zugeordnet. Darauf zielt eine Reihe zweiseitiger Geheimabkommen ab. Die Junta überließ dem Pentagon neue Stützpunkte auf dem Territorium der Türkei und billigte die Pläne für den Einsatz türkischer Truppen im Nahen Osten im Interesse der Vereinigten Staaten.<sup>7</sup>

## Ein Werkzeug äußerer Kräfte

Das Militärregime ist zum Spielball in den Händen der USA-Imperialisten geworden und beugt sich deren Aggressionsgelüsten. Damit opfert es die Existenz der Nation dem nuklearen Wahnsinn des Pentagons, während es die Initiativen von Nachbarstaaten der Türkei – der UdSSR und der Volksrepublik Bulgarien – zur Entwicklung friedlicher, gutnachbarlicher Beziehungen zurückweist.

Unter den Bedingungen der Diktatur ist unser Land unmittelbar den gefährlichen Auswirkungen der aggressiven Politik des USA-Imperialismus ausgesetzt. Jeden Augenblick kann es in einen Krieg verstrickt werden. Washington, das sich die durch den Konflikt zwischen Irak und Iran entstandene Situation zunutze machen will, drängt die Türkei zu militärischen Abenteuern auf dem Territorium dieser Staaten. Durch Anheizen der Spannungen an der Grenze zu Syrien sucht es günstige Bedingungen für eine israelische Aggression zu schaffen. Die Türkei wird auch eingespannt, um zu verhindern, daß sich die Ereignisse in Zypern und Griechenland in ant imperialistischer Richtung entwickeln, um die friedliche Lösung der Probleme in dieser Region zu stören.

Die faschistische Junta im Lande ist vor allem ein Werkzeug in den Händen äußerer imperialistischer Kräfte. Der Faschismus wurde vom USA-Imperialismus mit Hilfe seiner Handlanger in die Türkei exportiert. Doch heute ist der Imperialismus für die Türkei nicht mehr nur ein äußerer Faktor, sondern eine innere Erscheinung, die immer mehr an Bedeutung gewinnt, ihre eigenen Repräsentanten hat und imstande ist, unmittelbar in das politische Leben einzugreifen.

In der Wirtschaftspolitik befolgt die Junta den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gewiesenen monetaristischen Kurs. Diese Politik wird seit 1980 betrieben, um – wie verkündet wurde – die Krise zu überwinden. In den vergangenen Jahren hat sich die Krise jedoch vertieft. Die eingeleiteten Maßnahmen hatten zur Folge, daß die Lasten der Krise mit Hilfe der Bajonette auf die Arbeiterklasse, die Bauern und die Mittelschichten abgewälzt wurden. Deren Realeinkommen ist drastisch gesunken. Nach amtlichen Angaben sind 18 Prozent der Arbeitskräfte erwerbslos, während selbst die „Stimme Amerikas“ in ihrer Sendung für die Türkei die Arbeitslosenrate mit 30 Prozent bezifferte.

Nach Mitteilungen des staatlichen Instituts für Statistik ging das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung von 1 146 Dollar im Jahre 1979 auf 911 Dollar im Jahre 1983 zurück. Die Krise versetzte der Industrie einen empfindlichen Schlag. Zahlreiche Unternehmen kleiner oder mittlerer Kapitalisten gingen bankrott. Die Produktionskapazitäten sind höchstens zu 50 Prozent ausgelastet. Die Stagnation bedroht nunmehr auch die Interessen eines Teils der Monopolbourgeoisie. Im Sommer 1982 gerieten die Gesellschaften Transtürk und Cavusoglu-Koçanoglu in Konkurs.

Hingegen erstarben solche Holding-Gesellschaften wie Coc, Sabanci und Cukurova, die vom Staat am meisten gefördert werden. Ihre Kontrolle über Industrie, Han-

3

del und Bankwesen erlangte nie dagewesene Ausmaße. In den vergangenen drei Jahren kam es zu einer insgesamt zunehmenden Verflechtung der Wirtschaftsmacht des Staates und der Monopole, was für den fest verwurzelten staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristisch ist. Die Verwirklichung des IWF-Programms, die Verringerung der Investitionen in die Produktionssphäre, die Durchführung einer monetaristischen Politik und die Subventionierung der Exportzweige sowie das außerordentlich hohe Monopolisierungstempo verstärken den parasitären Charakter der Aktivitäten der Bourgeoisie, tragen zum Wachstum des Bankkapitals bei und leisten Finanzspekulationen Vorschub. Der Parasitismus bildete eine objektive Grundlage für die Stärkung von Reaktion und Faschismus.

Die beschleunigte Monopolisierung des Kapitals durch schonungslose Ausbeutung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes ist ein Wesensmerkmal der gegenwärtigen Lage in der Wirtschaft des Landes. Ein anderes wichtiges Merkmal besteht in der außergewöhnlich großen Abhängigkeit der Wirtschaft vom Imperialismus, der extremen Verschärfung der imperialistischen Ausbeutung und der zunehmenden Ausplünderung des Nationalvermögens. Allein 1982 verbrachten die Neokolonialisten 4 Md. Dollar Profit aus der Türkei.

Dem Auslandskapital, vor allem den USA-Banken, stehen Tür und Tor offen. Der Imperialismus und seine Erfüllungsgehilfen erdrosseln die nationale Wirtschaft, diese Grundlage der Unabhängigkeit des Landes und Quelle des Volkswohlstandes. Die Industrialisierungspläne wurden entsprechend den Forderungen des IWF aufgegeben. Das Wachstum des staatlichen Sektors als der bestimmenden Komponente der nationalen Wirtschaft wurde eingeschränkt; viele staatliche Betriebe gerieten unter die Kontrolle privater Monopole. US-amerikanische und türkische Monopole konzentrierten sich gegenwärtig auf die Landwirtschaft, die einen beträchtlichen Teil des Bruttoerzeugnisses liefert. Sie wollen die Wirtschaft der Türkei auf eine „exportorientierte Agrarproduktion“ umstellen, um sie noch enger an die Interessen des Imperialismus zu binden.

Die extrem feindliche Einstellung der Generale zu fortschrittlichem Gedankengut und die reaktionäre Politik der Monopolbourgeoisie führten zum Niedergang des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Verleger und Kulturschaffende werden beispielsweise dafür verurteilt, daß sie vor vielen Jahren Gedichte unseres größten und weltbekanntesten Dichters Nazim Hikmet, des Künders von Frieden und sozialem Fortschritt, veröffentlicht haben.

Wie in einer Erklärung des Politbüros des ZK der KP der Türkei vom 24. Juli 1983 festgestellt wurde, hat sich die derzeitige Diktatur Schritt für Schritt zu einer faschistischen Diktatur entwickelt und schließlich völlig faschistischen Charakter angenommen. Das ist eine volksfeindliche, offen terroristische Diktatur der mit der internationalen Finanzoligarchie verquickten Kräfte, der extrem proimperialistischen, monopolistischen und parasitären Gruppen der türkischen Bourgeoisie, der Großgrundbesitzer, der militaristischen Generale und der bürokratischen Oberschicht. Die Junta ist ein Werkzeug zur Durchsetzung der Herrschaft des USA-Imperialismus über unsere Region, ein Instrument seiner aggressiven Politik in diesem Teil der Welt.

Die Evolution des Regimes wurde durch folgende grundlegende Faktoren bestimmt:

- die Politik der USA, durch welche die Entscheidung untergraben, das Wietrusen forciert, die internationale Spannung verschärft und eine qualitativ neue, überaus gefährliche Situation in der Welt heraufbeschworen wird;

- die Rolle, die der Türkei in der aggressiven NATO-Strategie als Basis im Kampf gegen die sozialistischen Länder und die nationalen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten zugeordnet ist, und vor allem der verstärkte Druck, den der USA-Imperialismus in verschiedensten Formen auf die herrschenden Kreise unseres Landes ausübt, um sie zu zwingen, sich in diese Rolle zu schicken;

- die von der Junta betriebene Hochrüstung und die Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens;

- die beschleunigte Kapitalkonzentration, die wachsende Einflußnahme der Mono-

polherren auf den Staat und das Bestreben der Kompradorenbourgeoisie, sich Möglichkeiten für die äußere Expansion und die Eroberung neuer Märkte zu erschließen, indem sie sich auf den USA-Imperialismus stützen, ihm zu Diensten ist und zur Ausdehnung seines militärischen und politischen Einflusses beiträgt;

- die anhaltende zyklische Krise in den kapitalistischen Industrieländern, die 1980 ausbrach und sich dann weiter vertiefte, sowie deren verheerende Auswirkungen auf die Türkei als abhängiges Land; die weitere Verstärkung der Strukturkrise, die sich auf die Lage nicht nur der Arbeiterklasse, aller anderen Werktätigen und der Mittelschichten, sondern auch der Bourgeoisie, mit Ausnahme der Eigentümer der größten Gesellschaften, negativ auswirkt; die Zuspitzung der Klassenwidersprüche und die zunehmende Differenzierung zwischen faschistischen, reaktionären, liberalen und reformistischen Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Klasse;

- die Unterdrückung der Aktionen der Massen mit terroristischen, faschistischen Methoden; die Versuche der Großbourgeoisie, die Schlagkraft der KP der Türkei und der anderen fortschrittlichen Kräfte zu neutralisieren, und die Unfähigkeit der herrschenden Kreise, das Land mit parlamentarischen Methoden, und seien sie noch so eingeschränkt, zu regieren.

Bereits am 12. September 1980 erklärte das ZK unserer Partei: „Die Junta wird keines der lebenswichtigen Probleme der Türkei lösen können.“<sup>8</sup> Im November 1980 schrieb das Organ des Zentralkomitees, die Zeitung „Atılım“, warnend: „Es steht noch nicht fest, in welche Richtung sich das Regime entwickelt. Möglich ist seine Verwandlung in ein faschistisches Regime, möglich ist auch ein faschistischer Umsturz.“<sup>9</sup> In der folgenden Zeit erkannte die KP der Türkei, daß das Regime immer reaktionärer wird. Wir beschlossen, unsere Politik darauf auszurichten, breiteste Kräfte zu vereinigen, um eine Wende der Ereignisse in Richtung Festigung des Friedens und der Demokratie herbeizuführen.

Um dieses Ziel zu erreichen, legten wir konkrete Kampfaufgaben fest. Der Faschismus könnte jedoch nicht aufgehoben werden. Die Lage verschlechterte sich. Die Kommunistische Partei, die zugleich die Angriffe subversiver opportunistischer Elemente in den eigenen Reihen abzuwehren hatte, mußte schwere Schläge hinnehmen. Andere Linkskräfte, die das Regime von Anfang an als faschistisch qualifiziert hatten, erkannten nicht, daß sich dessen reaktionärer Charakter allmählich verstärkte und welche Rolle der USA-Imperialismus in diesem Prozeß spielte. Es gelang nicht, die Linkskräfte zu einen; innerhalb der bürgerlichen Opposition gab es Schwankungen.

Die Führung der Gerechtigkeitspartei, die die Interessen der monopolistischen Großbourgeoisie vertritt, zugleich jedoch für ein begrenztes parlamentarisches Regime ist, unterstützte die konterrevolutionären Handlungen der Junta. Sie hat also dazu beigetragen, daß die heutigen Bedingungen entstanden, unter denen sie selbst ein Opfer der Repressalien wurde. Die Führung der Republikanischen Volkspartei, die die national-reformistische Gruppe der Bourgeoisie repräsentiert, vertraute ebenfalls den Versprechungen der Generale, die Macht später einer Zivilregierung zu übergeben, und hielt es für richtiger, eine abwartende Haltung einzunehmen. Die von diesen Kreisen verfochtenen Klasseninteressen und die Furcht vor den eventuellen revolutionären Folgen des aktiven Kampfes der breiten Massen veranlaßten sie, der Junta keinen Widerstand entgegenzusetzen, sondern vielmehr nach Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit ihr zu suchen.

## Eine breite Opposition und unser Programm

Die Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und seinen Gefolgsleuten einerseits und allen übrigen Klassen und sozialen Schichten der Türkei andererseits spitzen sich merklich zu. Erste Flammen eines offenen antifaschistischen Protestes lodern auf. Bereits im Sommer 1982, während der Diskussion über die von der Junta ausgearbeitete „Verfassung“, war eine breite Opposition von Kräften entstanden, die das gemeinsame Streben einte, die demokratischen Grundsätze der Verfassung von 1961 zu be-

5

wahren. Leider begnügte sich die Opposition mit Erklärungen zum Schutz der Demokratie und ging nicht zu praktischen Aktionen über. Der „Sieg“ der Junta bei dem Referendum über die „Verfassung“ vermochte die oppositionellen Stimmungen allerdings nicht zu dämpfen. Im Gegenteil, die breite Öffentlichkeit des Landes akzeptierte die Schlußfolgerung, daß unter dem bestehenden Regime keine Rückkehr zur Demokratie möglich ist, die Schlußfolgerung also, die unsere Partei von Anfang an in den Mittelpunkt der Propaganda gestellt hatte. Die bewußten Arbeiter, die fortschrittliche Intelligenz und die Jugend verhielten sich nicht länger still. Heute setzen sich unterschiedliche politische Kräfte – von den Kommunisten bis hin zu rechtsstehenden bürgerlich-liberalen Führung der Gerechtigkeitspartei – gegen die Diktatur zur Wehr. Die von dieser geschaffene künstliche Partei hat sich beim Volk bereits verhaßt gemacht.

Im Juli und August führten die politischen Häftlinge in zehn Gefängnissen fast einen Monat einen Hungerstreik durch. Ihr im In- und Ausland unterstützter Kampf war die erste und größte Protestaktion unter dem derzeitigen Regime. In einer Erklärung des ZK der KP der Türkei vom 18. Juli 1983 hieß es, die faschistische Junta gerate immer mehr in die Isolierung und ihre Position sei instabil. Unsere Partei kam zu dem Schluß, daß die Wahlen am 6. November genutzt werden müssen, um eine gemeinsame Plattform der Linkskräfte zu erarbeiten und diese zu vereinigen, um alle Gegner des Regimes zusammenzuschließen. Dessen Manöver lassen sich durchkreuzen; man kann den Parteien, die diesem Regime folgen, eine Niederlage bereiten und die Voraussetzungen schaffen, die die Junta unter Anwendung sämtlicher Methoden zu stürzen. Dies ist eine prinzipienfeste und zugleich flexible Politik zur Mobilisierung der breiten Volksmassen, eine Politik aktiven Handelns.

Unter den heutigen Bedingungen, da die Diktatur völlig isoliert ist, besteht die Möglichkeit, daß der USA-Imperialismus und seine Handlanger eilends Pläne für neue „Veränderungen“ am Herrschaftssystem austüfeln, um dessen faschistischen Charakter zu bewahren. Deshalb ist es sehr wichtig, daß die Arbeiterklasse, alle anderen Werktätigen und die Mittelschichten unbeirrt und bewußt danach streben, die Helfershelfer des Imperialismus zu entmachten. Wir betrachten es als unsere unmittelbare Aufgabe, nach und nach den nationalen Widerstand zu entfallen, um die gegenwärtige Diktatur zu stürzen.

Es geht um verstärkte Aktionen des Volkes für seine ökonomischen und sozialen Interessen und um die Unterordnung dieses Kampfes unter das Hauptziel – die Liquidierung des Regimes. Gestürzt werden kann die Junta nur durch Aktionen der Massen, bei Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Die nationale Widerstandsbewegung ist heute gezwungen, die unterschiedlichsten Kampfmethoden anzuwenden. Zugleich lehnt unsere Partei jegliche provokatorischen Handlungen, vor allem Terrorakte, ab und ist bestrebt, die Arbeiterbewegung zu aktivieren und dafür jede legale Möglichkeit zu nutzen. Sie ist um Zusammenarbeit mit den anderen Linkskräften und der nationalen Bewegung des kurdischen Volkes bemüht.

Das im April 1983 vom Plenum des ZK der KP der Türkei gebilligte Aktionsprogramm „Für Frieden und nationale Demokratie“ stellt die Aufgabe, zur Verteidigung des Weltfriedens beizutragen, die Vernichtung der Türkei in einem Kernwaffenkrieg zu verhindern, die Pläne des USA-Imperialismus zur Umwandlung des Landes in einen Gendarmen der Region zu durchkreuzen, die Junta zu stürzen und ein Regime der nationalen Demokratie zu errichten.

Die Kommunistische Partei erhebt folgende Forderungen:

– Die Türkei muß einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens leisten, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Ländern wahren und sich von allem mit dem im Wege stehenden Verpflichtungen frei machen, die ihr durch die Verträge mit der NATO und den USA auferlegt sind. Sie darf nicht zulassen, daß diese unser Territorium und unsere Streitkräfte für Drohgebärden und für aggressive Vorhaben gegen dritte Staaten mißbrauchen. Sie muß eine friedliche Beilegung von Differenzen mit unseren Nachbarn anstreben und vielseitige Beziehungen zu allen Ländern

6

auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils entwickeln. Die türkisch-sojwetische Freundschaft muß ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik sein.

– Verkündung einer Generalamnestie für die eingekerkerten Antifaschisten, Einstellung aller Verfolgungen, Wiederherstellung der Bürgerrechte der politischen Flüchtlinge und Recht auf freie Rückkehr in die Heimat. Annullierung der Verfassung von 1982 und Ausarbeitung einer national-demokratischen Verfassung auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien der Verfassung von 1961. In deren Rahmen Übergabe der gesamten Macht an ein souveränes Parlament, das die Macht im Interesse des Volkes ausübt. Gewährleistung der politischen Freiheiten und Rechte, des Rechts der gewerkschaftlichen Betätigung, der Gesinnungs- und Glaubensfreiheit ohne jede Einschränkung, Verbot des Faschismus, Einstellung der nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes. Säuberung des Staatsapparats und besonders der Armee von Faschisten, Anhängern der Junta und Agenten des Imperialismus, Reorganisation des Staatsapparats auf der Grundlage demokratischer Prinzipien, Schutz der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie durch die Armee.

– Beseitigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, Durchführung einer demokratischen Bodenreform, Aufhebung der Privilegien für die einheimischen und ausländischen Monopole sowie für das Großkapital, Begrenzung ihrer Aktivitäten und Verbot räuberischer Geschäfte der Vermittlerbourgeoisie. Ausbau des staatlichen Wirtschaftssektors, Inangriffnahme der Industrialisierung, Hebung des materiellen Lebensstandards und des kulturellen Niveaus des Volkes und gerechte Verteilung des National Einkommens im Interesse der Werktätigen. Reduzierung der dem Lande von der NATO aufgezogenen außerordentlich hohen Rüstungsausgaben.

Nationale Demokratie bedeutet weder Rückkehr zu jener eingeschränkten bürgerlichen Demokratie, die bis zum 12. September 1980 existierte und den Faschismus hervorbrachte, noch Bildung einer konventionellen bürgerlichen Regierung. Nationale Demokratie ist Schutz der Interessen des Volkes, Vorschreiten auf dem Wege des sozialen Fortschritts, Einschränkung der imperialistischen Herrschaft und der Macht der Kollaborateure, Freisetzung der schöpferischen Potenzen der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes. Unsere Partei setzt zwischen Herstellung der nationalen Demokratie nach dem Sturz des faschistischen Regimes und einer antiimperialistischen, volksdemokratischen Revolution kein Gleichheitszeichen. Sie betrachtet die nationale Demokratie als Methode, dieser Revolution näher zu kommen. Dieser Weg wurde von Lenin skizziert. Lenin führte die Worte aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ an, daß die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen, und schlußfolgerte: Wir sind daher verpflichtet, „vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, bei der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen.“<sup>10</sup>

## Das Hauptkettenglied ist die Stärkung der Partei

Die Militärdiktatur hat das Land in eine Misere hineinmanövriert, die man nur durch gemeinsames Handeln aller nationalen Kräfte überwinden kann. Ohne aktive Mitwirkung und den Kampf der Arbeiterklasse läßt sich jedoch keines der Probleme, denen sich die Türkei gegenüber sieht, endgültig lösen. Unsere Partei tritt für die Bildung einer gemeinsamen Regierung aller demokratischen Kreise ein, einer Regierung, die der Existenz der faschistischen Junta ein Ende setzt. Selbst wenn die KP der Türkei in dieser Regierung nicht vertreten sein sollte, wird sie jeden ihrer Schritte unterstützen, der darauf abzielt, den revolutionären Prozeß voranzubringen und der Arbeiterklasse die freie Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermöglichen. Es ist klar: Ohne die Linken, einschließlich der Kommunisten, kann keine Regierung auch nur ein einziges Problem von gesamtnationaler Bedeutung bewältigen.

„Das Haupthindernis auf dem Wege zu einem revolutionären Sieg der Kräfte des na-

7

tionalen Widerstandes, die gegen die faschistische Junta kämpfen, ist deren Zersplitterung. Der Kompradorenbourgeoisie ist es gelungen, den Zusammenschluß dieser Kräfte durch antisowjetische und antikommunistische Hetze zu verhindern. Unsere Partei ist bemüht, den nationalen und internationalen Faktoren im politisch-ideologischen Kampf gegen Antisowjetismus und Antikommunismus durchdacht Rechnung zu tragen und in ihrem Herangehen an die verschiedenen nationaldemokratischen Kreise Prinzipienfestigkeit mit Flexibilität zu paaren. Unmittelbar nach dem Aprilplenum des ZK der KP der Türkei wurden einige linkssektiererische Fehler korrigiert. Wie auf dem Plenum festgestellt wurde, ist für die Herstellung der Einheit der nationaldemokratischen Kräfte die richtige Einstellung zu den patriotischen Elementen in der Armee, zu den fortschrittlichen Forderungen erhebenden religiösen Strömungen und zur nationalen Bewegung der Kurden sehr wichtig.

Die Kommunistische Partei bekämpft konsequent den „linken“ Opportunismus, der die Aktionen für Tagesforderungen und Reformen unterschätzt. Seine Anhänger wollen in erster Linie gegen die Mittelschichten und nicht gegen den Hauptfeind vorgehen. Sie lehnen praktisch eine breite Einheitsfront gegen die Junta ab und treten für eine engbegrenzte Front ein; dabei mißbrauchen sie revolutionäre Aufrufe und verhalten sich geringschätzig gegenüber den Massen. Unsere Partei entlarvt ferner die rechtsopportunistischen Strömungen, die die revolutionären Perspektiven der Arbeiterklasse aus dem Auge verloren haben, deren Kampfaufgabe auf die Errichtung eines konventionellen bürgerlich-parlamentarischen Regimes reduzieren und die Arbeiterklasse zum Anhängsel der bürgerlichen Opposition machen wollen.

Das für die erfolgreiche Entfaltung des nationalen Widerstandes und für dessen Sieg ausschlaggebende Kettenglied ist die allseitige Stärkung der Kommunistischen Partei der Türkei, die Herstellung fester Verbindungen mit den Massen. Dabei vergessen wir keinen Augenblick, daß wir angesichts der faschistischen Repressalien die Kameradschaften schützen müssen. Die Machtorgane kerkerten Tausende unserer Genossen und Anhänger ein; einige von ihnen wurden umgebracht, viele Parteiorganisationen wurden zerschlagen, eine Reihe von Genossen verloren den Kontakt zur Partei. Wie das für Zeiten einer Offensive der Reaktion typisch ist, werden parteifeindliche Elemente und Fraktionsmacher aktiv, werden Polizeispitzel und Verräter in unsere Reihen eingeschleust. Wir übertreiben jedoch nicht, wenn wir jetzt sagen, daß die KP der Türkei dank den Bemühungen und der Selbstlosigkeit ihrer Mitglieder die Wunden zu heilen vermochte. Ihre ideologische, politische und organisatorische Einheit festigt sich.

Trotz der schwierigen Bedingungen schreiten die Kommunisten in den ersten Reihen des Massenkampfes und festigen die Verbindungen mit den breiten Schichten der Werktätigen. In Vorbereitung auf den V. Parteitag diskutieren die Parteiorganisationen die Thesen zum 100. Geburtstag des Begründers der Kommunistischen Partei der Türkei, Mustafa Suphi. Der Parteitag wird der Tätigkeit der Partei, der schwere Klassenkämpfe bevorstehen, starken Auftrieb geben.

1 Zitiert nach „Milliyet“, 12. Mai 1983 (türk.).

2 Ausführlicher dazu siehe Hamid Majid Mussa, Unter dem Druck des Imperialismus und der Reaktion. In: Heft 8/1983 unserer Zeitschrift.

3 Siehe „Cumhuriyet“, 6. August 1983 (türk.).

4 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 21. Juni 1983.

5 Turgut Sunalp, der zum Vorsitzenden dieser Partei ernannt wurde, ist General a. D. und Mitglied des Verwaltungsrates der Garanti Bank, die von den Holding-Gesellschaften Coc und Sabanci kontrolliert wird. Er prahlt damit, „sich in den Methoden des Kampfes gegen den Kommunismus gut auszukennen“.

6 „Turkish Daily News“, July 7, 1983.

7 Ausführlicher dazu siehe I. Bilen, Der Weg zum Frieden führt über den Zusammenschluß der Friedenskräfte. In: Heft 4/1983 unserer Zeitschrift.

8 „Atilim“, Oktober 1980 (türk.).

9 „Atilim“, November 1980.

10 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 440.

8

## Interessenvertreter der Massen

Haydar Kutlu

Generalsekretär des ZK der KP der Türkei

Im Herbst 1983 fand der V. Parteitag der Kommunistischen Partei der Türkei statt. Die Mitteilung des ZK über dieses Ereignis fand bei den bewußten Schichten der türkischen Arbeiterklasse und bei allen Freunden unserer Partei ein lebhaftes Echo.

Die Einberufung eines Parteitages ist für uns von historischer Bedeutung. Der IV. Parteitag hatte 1932 stattgefunden. In den langen Jahren, die seitdem vergangen waren, setzte die Partei trotz grausamer Verfolgungen durch die Machtorgane ihren Kampf fort. Es gelang ihr jedoch nicht, einen Parteitag durchzuführen. Deshalb ist es als großer Erfolg zu werten, daß ihr das jetzt unter den Bedingungen der Illegalität gelungen ist und daß sie darüber hinaus imstande war, die schweren Wunden, die ihr die Militärdiktatur zugefügt hat, weitgehend zu heilen und die Unsicherheit sowie die in der Periode der Reaktion zutage getretenen opportunistischen und Fraktionstendenzen zu überwinden.

Vor dem Parteitag beteiligten sich sämtliche Parteiorganisationen rege an der Einschätzung ihrer in den zurückliegenden Jahren geleisteten Arbeit und an der Erörterung der „Thesen zum 100. Geburtstag Mustafa Subhis“<sup>1</sup>; diese liegen dem neuen Programm der Partei zugrunde, das vom Parteitag einstimmig angenommen wurde. Auch mehrere Parteikonferenzen wurden abgehalten. Die demokratischen Normen wurden also maximal gewahrt, soweit das für eine ständigen Verfolgungen ausgesetzte illegale Partei möglich ist.

Der V. Parteitag bekräftigte entschieden die unwandelbare Treue der Kommunistischen Partei der Türkei zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und ihr Bestreben, diese Prinzipien entsprechend der Spezifik der Klassenseinsetzung im Lande schöpferisch anzuwenden. Er zeigte, daß die Partei ein Niveau erreicht hat, das die Kontinuität der Führungstätigkeit und des Kampfes unter allen Bedingungen gewährleistet.

Den Parteitag eröffnete der am 18. November 1983 verstorbene Vorsitzende der Partei, I. Bilen. Es war ihm vergönnt, diesen Tag der Freude zu erleben, den der Parteitag für uns alle darstellte; an seiner Vorbereitung hatte er selbst hohen Anteil. I. Bilen hat entscheidend dazu beigetragen, daß unsere Partei in den 70er Jahren einen neuen Schritt nach vorn tat, indem sie die Verbindung zu den Massen herstellte und zu einer einflußreichen, aus dem politischen Leben des Landes nicht mehr wegzudenkenden Kraft wurde. Unsere Partei und die türkische Arbeiterklasse werden Genossen Bilen, der sein ganzes Leben dem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, der Sache der Arbeiterklasse gewidmet hat, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Das vom Parteitag angenommene neue Parteiprogramm wurde unter Berücksichtigung der derzeitigen Kampfbedingungen erarbeitet: der außerordentlichen Verstär-

9

kung der Gefahr eines Weltkrieges infolge der aggressiven Politik des USA-Imperialismus sowie der Situation nach dem Militärputsch in der Türkei, der eine präventive Konterrevolution war und zur Errichtung einer Diktatur im Lande führte, die in der Folge faschistischen Charakter angenommen hat. Dementsprechend wurden die Aufgaben definiert: breite Bündnisse der Friedenskräfte und der Diktaturgegner zu schaffen und das Niveau des Massenkampfes zu heben. Der Parteitag präziserte die Strategie und Taktik der Partei.

Im neuen Programm wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die vom Leben hervorgebrachten unaufschiebbaren Probleme zu lösen: zur Festigung des Weltfriedens beizutragen, die Vernichtung der Türkei in einem Kernwaffenkrieg zu verhindern, die Pläne zur Umwandlung des Landes in einen Regionalgendarmen des USA-Imperialismus zu durchkreuzen, den Sturz der Diktatur herbeizuführen und eine nationale Demokratie zu errichten. Dieses im Programm formulierte Ziel bringt die gemeinsamen Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Kleinhandlender und der Handwerker, der patriotisch gesinnten Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere, der Intelligenz, der Jugendlichen, der kleinen und mittleren Unternehmer, des kurdischen Volkes, dessen nationale Rechte mit Füßen getreten werden, also aller Diktaturgegner zum Ausdruck. Es handelt sich um einen Kurs, der die Übergabe der Macht an jene Klassen und Schichten zum Ziel hat, die dem Imperialismus und der mit ihm kollaborierenden Oligarchie die Stirn bieten.

Das Programm sieht vor, nach Errichtung einer nationalen Demokratie im Zuge eines einheitlichen revolutionären Prozesses mit der Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse und der Entwicklung der antiimperialistischen demokratischen Volksrevolution, die mehrere Stadien durchlaufen wird, in der Türkei eine sozialistische Ordnung zu errichten. Das Programm bringt also nicht nur die dringenden, unaufschiebbaren Lebensinteressen der überwältigenden Mehrheit unserer Gesellschaft zum Ausdruck, sondern formuliert auch die langfristigen Aufgaben der Arbeiterklasse und weist die Wege zu ihrer Lösung.

Die Ereignisse nach dem V. Parteitag haben die Richtigkeit des von der Partei abgesteckten Kurses bestätigt.

Die von den Machthabern am 6. November 1983 abgehaltenen Wahlen, die der faschistischen Diktatur ein parlamentarisches Mäntelchen umhängen sollten, haben entgegen den Behauptungen westlicher imperialistischer Kreise zu keinen demokratischen Veränderungen im Lande geführt. In den Gefängnissen schmachten Zehntausende von politischen Häftlingen. Streiks und Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen sind nach wie vor verboten, die Presse unterliegt einer strengen Zensur, der Ausnahmezustand ist nicht aufgehoben. Nach den Wahlen versuchte die Imperialisten der USA und Westeuropas, ihre vielseitige Hilfe für die volksfeindliche, antidemokratische Diktatur mit der verlogenen Behauptung zu rechtfertigen, die Türkei, die der NATO angehört, gehe zur „Demokratie“ über. In jenen Tagen wurden jedoch 23 führende Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei von einem Militärgericht in Istanbul zu Freiheitsstrafen bis zu acht Jahren verurteilt. Dem Gerichtsurteil zufolge stellen die Verteidigung des Friedens, der Entspannung und der Völkerfreundschaft sowie der Kampf gegen den aggressiven Kurs des USA-Imperialismus, „kommunistische Tätigkeit“ dar und „dienen den Interessen der Sowjetunion“. Die Militärbehörden Istanbul maßregeln sogar die Zeitung „Hürriyet“, eines der größten konservativen Blätter des Landes, nur weil sie das Ableben I. Bilens gemeldet hatte.

Die Parlamentswahlen vom 6. November haben im Grunde die Krise des Regimes weiter vertieft. Die Nationalistische Demokratische Partei (NDP) erhielt, obwohl ihr seitens der Generale jegliche Unterstützung zuteil wurde, die wenigsten Stimmen. Die Wahlergebnisse machten die ablehnende Haltung des Volkes gegenüber der Diktatur und sein Streben nach Veränderungen sichtbar. Die Kommunisten und andere linke Organisationen appellierten an die Wähler, alle drei Parteien abzulehnen, die an den Wahlen teilnehmen dürfen, und das Militärregime unterstützen. Es gelang jedoch

nicht, der Diktatur einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Trotz der Initiative unserer Partei vermochten es die Linken nicht, eine wirksame Einheit herzustellen. Und die für eine bürgerlich-parlamentarische Ordnung eintretenden Parteien – die Gerechtigkeitspartei, die Republikanische Volkspartei und die Partei des Nationalen Heils –, die ebenso wie die Linken ihrer politischen Rechte beraubt sind, brachten nicht einmal die Entschlossenheit auf, ihre eigenen Ziele zu verteidigen.

Die Vaterlandspartei (MP) machte sich die ablehnende Haltung des Volkes zur Diktatur zunutze. Sie genoß die volle Unterstützung der USA und anderer imperialistischer Kreise des Auslands sowie der einheimischen Monopolbourgeoisie. Diese Kreise sind der Auffassung, daß ihre Interessen besser gewahrt werden, wenn sich das offen repressive und terroristische Regime eine zivile Maske aufsetzt.

Der Parteivorsitzende Turgut Özal, der keineswegs gegen die Politik der Diktatur auftrat, war zwei Jahre lang stellvertretender Ministerpräsident in der Junta-Regierung. Dieser „Technokrat“, der bei den Wahlen den Sieg davontrug und die neue Regierung bildete, ist mit den transnationalen Monopolen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank eng liiert. Die Generale und Özal werden sich sicher bemühen, die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche in konkreten Fragen der Machtausübung im Interesse der Aufrechterhaltung der Diktatur unter konstitutionellem Deckmantel beizulegen. Die zur Zeit geltende Verfassung gestattet es dem ehemaligen Generalstabschef und jetzigen Präsidenten der Republik, Kenan Evren, zu sämtlichen Schlüsselproblemen Entscheidungen zu fällen.

Die Generale und Özal sind sich der Tatsache bewußt, daß das Volk nach einer Veränderung der bestehenden Ordnung strebt. Obwohl dieses Streben nicht klar ausgeprägt ist, treten die Massen für die Verwirklichung ihrer seit Jahren unterdrückten Forderungen nach Arbeit, Brot, Grund und Boden und sozialer Gerechtigkeit ein. Die Werktätigen werden sich jedoch schon bald davon überzeugen können, daß die neue Regierung trotz aller Versprechungen nicht die Absicht hat, auch nur einen einzigen Schritt in dieser Richtung zu tun. Das Regierungsprogramm hält am Kurs des bisherigen Militärregimes fest. Es sieht die Durchsetzung der dem Land vom IWF oktroyierten Maßnahmen, die Verstärkung der „Sparsamkeit“ auf Kosten der Werktätigen, eine Erhöhung der Profite des ausländischen Kapitals, die Schaffung von Voraussetzungen für eine umfassendere Ausbeutung und Ausplünderung des Landes durch die einheimischen und die ausländischen Monopole, die weitere Eskalation des Militarismus, die Erhöhung der Rüstungsausgaben und eine noch engere Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus vor. Wie der V. Parteitag der KP der Türkei feststellte, ist in dieser Situation mit einer Aktivierung der Massen, mit einer Belebung der Massenbewegung zu rechnen.

Die bürgerliche Opposition strebt den allmählichen Übergang zu einer bürgerlich-demokratischen Ordnung in dem vom Regime festgelegten Rahmen und mit Hilfe von Schacher und Versöhnertum an. Wir dagegen sind der Auffassung, daß es erforderlich ist, die Lebensprobleme des Volkes und des Landes von Grund auf zu lösen, die demokratischen Rechte und Freiheiten uneingeschränkt zu sichern, die Grundlagen des Faschismus zu zerschlagen, die Ursachen für Militärputsche zu beseitigen und den Militarismus aus dem Leben der Gesellschaft auszumeren. Maßnahmen dazu können nur wirksam sein, wenn die Ursachen des Übels aufgedeckt werden. Wie auf dem Parteitag betont wurde, muß man die Positionen des Imperialismus, besonders des USA-Imperialismus, und der mit ihm kollaborierenden Oligarchie schwächen und nach und nach ihre Allmacht in Wirtschaft und Staat beseitigen.

Dies ist notwendiger denn je. Seit den Novemberwahlen hat die türkische Militärdiktatur etliche Schritte zur Unterstützung der aggressiven Pläne des USA-Imperialismus im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten unternommen. Die Türkei gestattete Washington, den Stützpunkt Incirlik im Bezirk Adana für die barbarischen Luftangriffe gegen Libanon zu nutzen. Die Proklamierung eines Separatstaates in dem seit 1974 von türkischen Truppen besetzten Nordzypern bedeutet, daß die Türkei die Zerstückelung der Insel im Einklang mit den NATO-Plänen in Angriff genommen hat.

10

11

Nach der Stationierung von Pershing-Raketen in Westeuropa schickt sich die USA-Administration an, in einer weiteren Runde des nuklearen Wettrüstens Raketen in unserem Land zu stationieren, die von dort auf seinen Nachbarn, die Sowjetunion, gerichtet sein werden.<sup>3</sup>

Alle diese Geschehnisse verstärken wesentlich die Gefahr, daß die Türkei um der Interessen der USA willen in einen Krieg hineingezogen wird.

Es gibt heute im Lande Klassen und politische Kräfte, die fähig sind, die auf dem V. Parteitag unserer Partei erörterten Aufgaben zu erfüllen. Von erstrangiger Bedeutung ist ihre Einheit auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms.

Was ist für den Kampf um die Erringung der Einheit aller nationalen, demokratischen Kräfte ausschlaggebend? Auf diese Frage antwortet unsere Partei in ihrem neuen Programm, indem sie die Notwendigkeit „gemeinsamer Aktionen von Millionen Werktätigen an der Basis, im täglichen Kampf“ hervorhebt. Dieses marxistisch-leninistische Grundprinzip erlangt unter den konkreten Bedingungen der Türkei besondere Bedeutung.

In den vergangenen 10–15 Jahren haben alle am politischen Leben des Landes beteiligten Parteien – linke wie rechte – eine einschneidende innere Polarisierung und Konflikte durchgemacht. Ihre politischen Ansichten haben sich tiefgreifend verändert. Es wurde offensichtlich, daß auch eine begrenzte bürgerlich-parlamentarische Ordnung nicht lange Bestand haben kann. Die Rolle der Parteien im politischen System verringerte sich nach und nach, während die Spitzen der Armee und der Geheimdienste sowie der Unternehmerorganisationen im Staat und im politischen Leben erheblich an Einfluß gewannen.

Diese Veränderungen hängen mit dem Nebeneinanderbestehen von Elementen mehrerer Wirtschaftsformen in der Türkei (die Wirtschaft ist durchschnittlich entwickelt und vom Imperialismus abhängig) und mit der Strukturkrise zusammen. Produktionsverhältnisse, wie sie für die vorkapitalistische Periode, für das Anfangsstadium, die entwickeltere und die höchste Stufe des Kapitalismus charakteristisch sind, bestehen gleichzeitig. Halbfeudale Verhältnisse haben nicht mehr die Bedeutung, bestehen aber fort. Die kleine Warenwirtschaft ist noch immer stark vertreten. Obwohl sich die kapitalistischen Verhältnisse binnen kurzer Zeit intensiv entwickelt haben, nimmt die Kleinproduktion in der Wirtschaft des Landes weiterhin einen wichtigen Platz ein. Die nationale Monopolbourgeoisie, die sich in den 60er Jahren herauszubilden begann, ist mit Unterstützung des Imperialismus und des Staates rasch erstarkt und hat sich angesichts des ziemlich niedrigen Niveaus der wirtschaftlichen Konzentration und Zentralisation wichtige Positionen in der Wirtschaft erobert. Die Hauptfunktion der erweiterten Reproduktion erfüllt der staatliche Sektor, und das relative Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftsformen wird durch die organisierte Macht des Staates gewahrt.

Die Großbourgeoisie nutzt offener die Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der politischen Macht zur Wahrung ihrer Interessen und festigt sich weiter. Die Zusammenarbeit der Monopole mit dem ausländischen Kapital hat zugenommen, die allseitige Abhängigkeit der Türkei vom Imperialismus ist stärker geworden. All das hat die Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur verschärft. Die Klassendifferenzierung der Gesellschaft hat sich beschleunigt. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist jedoch weiterhin niedrig, die Produktion wird von chronischer Stagnation heimgesucht. Die Krise der sozialökonomischen Struktur bildet die Grundlage des erbitterten Klassenkampfes und der ständigen politischen Erschütterungen.

Die Entwicklung der für den abhängigen staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristischen Verhältnisse hat eine immer engere Verflechtung von Staat und Monopolen zur Folge. Infolge der Übernahme der Macht durch die Armee näherten sich deren Führungsspitze und die Oberschicht der bürokratischen Bourgeoisie der kollaborationistischen Monopolbourgeoisie an. So entstand eine oligarchische Struktur, die Wirtschaft und Staatsapparat beherrscht. Sie schließt auch die einflußreichsten Grundbesitzer und das spekulative Vermittlerkapital ein. In der Türkei vermag die kolla-

borationistische Oligarchie sich nur mit Hilfe faschistischer, halbfaschistischer oder autoritär-repressiver Regime an der Macht zu halten.

Die Stärkung der kollaborationistischen Monopolbourgeoisie auf Kosten anderer bürgerlicher Schichten forcierte innerhalb der herrschenden Klassen die Herausbildung verschiedener Strömungen: faschistischer, reaktionärer, konservativer und liberaler. Die Gerechtigkeitspartei beispielsweise, die früher, in den 60er und 70er Jahren, die Interessen breiter Kreise der herrschenden Klassen wahrgenommen hatte, ist heute gespalten und zugleich reaktionärer geworden.

Ein solcher Prozeß vollzog sich auch in der Republikanischen Volkspartei, die hauptsächlich die Interessen der nationalen Bourgeoisie sowie der Bürokratie vertritt. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gingen aus den Gruppen, die sich von der Republikanischen Volkspartei abgespalten hatten und die Interessen der bürokratischen Bourgeoisie vertraten, neue politische Parteien hervor.

Nach mehreren Spaltungen trat die Republikanische Volkspartei 1973 mit einem bürgerlich-reformistischen Programm hervor und wurde zum Interessenvertreter der nationalen Bourgeoisie, der nichtmonopolistischen Kapitalisten, der Dorfbourgeoisie und der Mittelschichten. Erst kürzlich spaltete sich diese Partei erneut in mehrere Fraktionen. Sie schließen neben Konservativen die Träger von Ansichten ein, die eine Mischung aus Sozialreformismus und bürgerlichem Liberalismus darstellen, wie auch Kräfte, die eine populistische Linie anstreben.

Eine wichtige politische Kraft bildete Ende der 60er Jahre die kemalistische revolutionär-demokratische Bewegung, die den antiimperialistischen Prinzipien des Begründers der Republik, Atatürk, treu geblieben war und die Interessen eines beträchtlichen Teils der Mittelschichten widerspiegelt. Sie unternahm etliche Staatsreichversuche, die aber alle fehlschlugen. Die Bewegung verlor nach und nach an Einfluß, so daß diese Kräfte jetzt in verschiedene Gruppen gespalten sind.

Die „linksradikalen“ Strömungen, die sich Ende der 60er Jahre innerhalb der antiimperialistischen, allgemeindemokratischen Jugendbewegung herausbildeten, sind inzwischen in eine Vielzahl großer und kleiner Gruppen zerfallen.

Die nationale Bewegung der Kurden, die die nationalen und demokratischen Rechte des unterdrückten kurdischen Volkes verteidigt, ist ebenfalls in eine Vielzahl von Formationen aufgespalten.

Die türkische Arbeiterklasse hat in der Vergangenheit wiederholt eine weit größere Rolle gespielt, als das eigentlich ihrem Anteil an der Gesellschaft entsprach. In den 60er und 70er Jahren übte ihr gewerkschaftlicher Kampf einen starken Einfluß auf das Leben des Landes aus. Besonders wertvolle Erfahrungen im politischen Kampf sammelte das Industrieproletariat. Die Verbindung der marxistisch-leninistischen Ideologie mit der Arbeiterbewegung machte beträchtliche Fortschritte. Die Arbeiterbewegung strahlte positiv auf die anderen demokratischen Kräfte aus, darunter auf die Jugend, die Kleinproduzenten, die Intelligenz und einen Teil der Republikanischen Volkspartei, die kemalistischen revolutionär-demokratischen Kräfte, die Bewegung der Kurden und die „linksradikalen“ Gruppen.

Die sozialökonomischen Strukturkrisen und das Auf und Ab der gesellschaftlich-politischen Entwicklung beeinflussen auch unsere Partei. In ihren Reihen treten „linksopportunistische“ und Fraktionstendenzen zutage. Die Partei verstand es jedoch, sich davon frei zu machen, obwohl dies schwierig war; sie bewahrte und festigte ihre ideologische, politische und organisatorische Einheit.

Die Erfolge unserer Partei wurzeln in den festen Beziehungen zum fortgeschrittenen Teil der Arbeiterklasse, in der Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus sowie im Zusammenschluß mit der kommunistischen Weltbewegung.

Aus der Analyse der Ereignisse des vergangenen Zeitabschnitts und der unlängst entstandenen Lage lassen sich bestimmte Schlußfolgerungen ziehen.

In dem ideologischen und politischen Kampf, der in der Türkei ausgetragen wird,

12

13

haben sich nunmehr zwei gegensätzliche Linien herausgebildet: einerseits der Kurs der proamerikanischen, faschistischen und reaktionären Kräfte, die die nationalen Interessen des Volkes verraten, die Werktätigen zu Einschränkungen zwingen, ständig zu Repressalien und Terror greifen und das Pentagon unterstützen; andererseits die Linie der KP der Türkei, die Linie des Kampfes für Frieden und nationale Demokratie, für die Interessen aller nationalen und demokratischen Kräfte.

Unser V. Parteitag hob hervor, daß eine nationale Demokratie nur dann errichtet werden kann, wenn die Arbeiterklasse die führende Rolle spielt, daß nur sie alle Diktaturgegner zusammenschließen vermag und daß keines der grundlegenden Probleme des Landes ohne Festigung der Kommunistischen Partei gelöst werden kann.

Wir sind der Auffassung, daß den Spaltungen und Konflikten innerhalb der fortschrittlichen politischen Kräfte ein Ende gesetzt werden kann. Das erfordert, daß sie sich enger mit der Arbeiterklasse verbinden. Die Kommunisten müssen verstärkt unter den Massen, innerhalb aller Klassen und Schichten, vor allem in der Arbeiterklasse, unter breiten Kreisen der Bauernschaft, im kurdischen Volk, unter den Vertretern der Mittelschichten, der Intelligenz, der Stadtarmut, in jedem geographischen Bezirk, in jeder Stadt und Gemeindevertretung arbeiten und dabei die jeweiligen spezifischen Besonderheiten beachten. Diese Arbeit wird natürlich durch die Illegalität der Partei und die ständige polizeiliche Bespitzelung erschwert. Die Erfahrungen der beiden letzten Jahre haben jedoch gezeigt, daß unsere Partei als der konsequenteste und hauptsächlichste Verfechter der nationalen Interessen des Volkes viel zu erreichen vermag. Je mehr Kommunisten an vorderster Front wirksam werden, wo hart gekämpft und Opferbereitschaft verlangt wird, desto besser können sie dem Volk helfen, seine Kräfte zusammenschließen. Einheit ist die Hauptlösung unserer Partei in den Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Berufsorganisationen, in der Jugend- und der Frauenbewegung, in der nationalen Bewegung der Kurden.

Wenn wir von der Notwendigkeit des Kampfes um die Einheit der nationalen und demokratischen Kräfte sprechen, meinen wir vor allem die Einheit der Linken von oben bis unten. Dazu unternimmt unsere Partei ständig Schritte, die bislang zwar klein sind, aber bereits positive Ergebnisse zeitigen. Das Hauptproblem besteht darin, das gegenseitige Mißtrauen unter den fortschrittlichen Kräften, das aus den negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre resultiert, sowie die antikommunistischen und antisowjetischen Ansichten, die die internationale Sozialdemokratie und die sogenannten neuen Linken in diesen Kreisen zu verbreiten suchen, zu überwinden.

Die Einheit der Linken kann den Zusammenschluß aller nationalen und demokratischen Kräfte beschleunigen. Solange das politische Gewicht der Linken begrenzt ist, wird allerdings noch ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung des Landes von reaktionären und reformistischen Ansichten beeinflusst. Deshalb besteht unser Hauptziel darin, unter allen Umständen Wege zu den breiten Massen zu finden.

Die Arbeit mit den verschiedenen Schichten setzt ein differenziertes Herangehen und die Berücksichtigung der Besonderheiten der Türkei voraus, wo die soziale und Klassendifferenzierung äußerst stark ausgeprägt, die Herausbildung der Klassen und die Stabilisierung ihrer Struktur noch nicht abgeschlossen ist und Kosmopolitismus, extremer Nationalismus, Chauvinismus und religiöser Fanatismus starken Einfluß haben. Die traditionellen moralischen Werte werden hier rasch zerstört, und die auf den Klasseninteressen beruhende soziale Moral hat sich noch nicht genügend gefestigt. Außerdem setzen die herrschenden Kreise alles daran, die Massen vom politischen Leben fernzuhalten.

Das Programm der KP der Türkei entspricht den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Nahzielen der verschiedenen sozialen Schichten. Die Aufgabe besteht darin, bei der Arbeit den Besonderheiten dieser Schichten Rechnung zu tragen, flexibel vorzugehen und mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden. Zugleich müssen wir unseren prinzipiellen Standpunkt verteidigen und die Erfahrungen des früheren wie des gegenwärtigen Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes kühn anwenden. Dadurch können die Voraussetzungen für die Übernahme der Macht durch die

nationalen, demokratischen Kräfte geschaffen, kann der Weg zu weiterem Fortschritt gebahnt werden.

Das historische Beispiel der Bolschewiki in Rußland lehrt, daß eine zahlenmäßig kleine Partei, die illegal arbeitet, durch eine richtige Politik und aufopferungsvolles Wirken unter den Massen großen politischen Einfluß erringen kann. Diese Leninschen Erfahrungen weisen uns den Weg.

Bei ihrer Arbeit unter den Massen begreifen die Kommunisten, wie wichtig es ist, die nationalen Gefühle des Volkes zu berücksichtigen; von großer Bedeutung ist auch das richtige Verhalten gegenüber der Armee, den Gläubigen und der unterdrückten kurdischen Bevölkerung. Die Dokumente des V. Parteitages lassen deutlich erkennen, daß die Kommunistische Partei der Türkei die nationalen Interessen des Landes auf das Entschiedenste gegen die Anschläge des Imperialismus verteidigt, das Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung und Lostrennung ohne jegliche Bedingungen vertritt und bestrebt ist, die patriotischen Kreise der Armee auf die Seite der Arbeiterklasse zu bringen.

Unser Klassenfeind ist sich über die Tiefe der chronischen Wirtschaftskrise, der sozialen und politischen Krise in der Türkei im klaren; er weiß, daß die Grundfesten der Ausbeuterordnung erschüttert sind. Systematisch betreibt er deshalb seine Wühlstätigkeit gegen die kommunistische Ideologie und unsere Partei, um die Einheit der nationalen, demokratischen Kräfte zu verhindern. Die Hauptwaffe des Feindes im Kampf gegen das Volk sind der Antisowjetismus und der Antikommunismus.

Die Behauptungen, unsere Partei sei „an Moskau gebunden“, gehören zu den wichtigsten Mitteln im Arsenal des „psychologischen Krieges“ des Gegners. Leider üben derartige Hirngespinnste noch immer eine gewisse Wirkung auf die weniger bewußten, durch die Lüge von der „sowjetischen Bedrohung“ irreführten Schichten des Volkes sowie auf einen Teil der Intelligenz aus, die man mit der verleumderischen Behauptung hinters Licht führt, in den sozialistischen Ländern gebe es keine Demokratie.

Unsere Partei wehrt diese politischen und ideologischen Angriffe ab; dabei gleitet sie jedoch nicht auf Positionen einer demonstrativen „Unabhängigkeit von Moskau“ ab und sucht nicht die Billigung des Feindes. Im Gegenteil, wir sind bestrebt, den Massen die Wahrheit über die Sowjetunion in verständlicher Form nahezubringen. Die Leistungen der Arbeiterklasse, der Intelligenz und aller Werktätigen im Sozialismus entsprechen auch dem Sehnen des türkischen Volkes. Dieser Standpunkt, dessen Richtigkeit die Erfahrungen des Klassenkampfes der vergangenen Jahre bestätigt haben, fand seinen Niederschlag im neuen Programm, in dem es heißt, daß „die Erfolge der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Werktätigen unseres Landes revolutionieren und das türkische Volk in seinem Kampf inspirieren“.

Die Türkei wird vom Imperialismus grausam ausgebeutet; dieser mischt sich unablässig und offen in die inneren Angelegenheiten des Landes ein und hat es in ein militärisches Aufmarschgebiet zur Durchsetzung seiner militaristischen Pläne verwandelt. Unter diesen Bedingungen können die Kräfte der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts ihre Ziele nicht erreichen ohne die feste Solidarität mit den Friedenskräften in der ganzen Welt, vor allem mit dem Bollwerk des Friedens, der Sowjetunion. Das ist die objektive Realität. Morgen werden die Massen dies besser begreifen als heute.

Die Leninsche Außenpolitik der UdSSR, die in den bekannten Ausführungen und Erklärungen Genossen Juri Andropows klar formuliert ist, gibt uns überaus wertvolle Hinweise für unsere propagandistische Arbeit im Kampf gegen den USA-Imperialismus. Juri Andropow hob die gewachsene Rolle der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im internationalen Leben hervor und verwies darauf, daß die Sowjetunion „auch weiterhin einen Kurs der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit diesen Staaten, der vollen Achtung ihrer Souveränität und der Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten verfolgen“ wird. Und weiter betonte er: „Unser Ziel ist es nicht nur, Kriege zu verhüten. Wir streben nach einer grundlegenden Gesundung der internatio-

nen Beziehungen, nach Festigung und Entwicklung aller guten Elemente in diesen Beziehungen. Wir werden danach streben, daß die souveränen Rechte der Staaten und Völker respektiert und die Prinzipien des Völkerrechts strikt eingehalten werden, die der Imperialismus immer häufiger zu verletzen und mit Füßen zu treten versucht.“<sup>4</sup>

Der V. Parteitag der KP der Türkei, der im Zeichen der Stärkung der Partei stand, hat deren Tätigkeit in den Ländern Westeuropas, unter den dort eingewanderten Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz belebt. Unsere Organisationen, die mit den kommunistischen Bruderparteien auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus eng zusammenarbeiten, sind darum bemüht, möglichst viele Türken in diesen Ländern in den Kampf gegen die neuen US-amerikanischen Nuklearraketen und in den Kampf gegen die „Sparpolitik“ einzubeziehen.

Im Lande konzentriert sich die Partei auf die Entfaltung des Volkswiderstandes, um den Frieden zu erhalten, eine nationale Demokratie zu errichten und möglichst viele Menschen zu gemeinsamen Aktionen für folgende Aufgaben zu mobilisieren:

- Aufhebung des Verbots von Streiks und Tarifverträgen; Wiederherstellung und Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte;
- politische Generalamnestie;
- Aufhebung des Ausnahmezustandes;
- Nichtanerkennung des auf Zypern proklamierten Spalterstaates;
- Verhinderung der Benutzung unseres Territoriums durch die Vereinigten Staaten für eine Aggression im Nahen Osten;
- Verstärkung des Kampfes gegen die Pläne zur Stationierung von Pershing-Raketen in der Türkei und gegen die Kriegsgefahr.

Diese Ziele, die sich aus den Parteitagebeschlüssen ergeben, bestimmen die Hauptrichtungen unseres Kampfes für die kommende Zeit.

1 Sie wurde in der Türkei am 12. September 1980 errichtet.

2 Begründer der Kommunistischen Partei der Türkei (1882-1921). Die Red.

3 Die KP der Türkei informierte unser Volk erstmalig über die Existenz derartiger Pläne im Februar 1982 (siehe „Atılım“ Nr. 98, Februar 1982 und die Sonderausgabe dieser Zeitung vom 4. Februar 1982). Auf einem Seminar der Political and Social Research Foundation, die eigens mit der Maßgabe ins Leben gerufen wurde, die öffentliche Meinung des Landes im Interesse der USA zu beeinflussen und die verleumderische Behauptung von der „sowjetischen Bedrohung“ zu verbreiten, erklärte im November 1983 der USA-Vertreter A. Codevilla: „Die Türkei braucht neue amerikanische Raketen.“ „Günaydin“, 27. November 1983.

4 Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Dietz Verlag Berlin 1983, S. 336, 338.